

Forum Förderung von Kindern

Vermerk

Datum: 22.4.2007

zur Besprechung am Donnerstag, 19.4.2007

Ort: ver.di Bezirksverband Dortmund, Königswall 36

Uhrzeit: 9.30 – 12.45

Teilnehmende:

Martina Peil, Martin Künstler, Klaus Amonet, Dr. Remi Stork, Susanne von Hehl, Renate Müller (teilweise), Sigrun Jäger-Klodwig, Doris Feldmann, Detlef Gummersbach, Beate Heeg, Britta Discher, Dieter Greese (teilweise), Berthold Paschert (teilweise), Martin Depenbrock, Doris Feldmann, Erna Moskal, Siegrid Kopp, Walter Fette, Gerhard Stranz

Ausdrücklich entschuldigt hatten sich:

Barbara Nolte, Rainer Deimel, Gisela Kierdorf, Marianne Buhl, Jürgen Herzog, Peter Freitag

<p>Scheuen Sie keine Kosten, um alles so kostengünstig wie möglich zu machen.</p>
--

Samuel Goldwyn

Zu der Beratung lag der Entwurf einer ergänzten Tagesordnung vor.

Es wurden folgende Schwerpunkte behandelt und abgesprochen:

1. Begrüßung, Verabredung

Die Teilnehmenden stellten sich vor, zumal an den Beratungen einige Beteiligte erstmals mitwirkten.

Ergänzungen zur Tagungsordnung erfolgten nicht. Absprachen zur Moderation und zur Protokollierung wurden nicht getroffen.

2. Aktuelle Entwicklungen in NRW

2.1 Novellierung/Reform des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Im Rahmen der Beratungen erfolgten:

- Hinweise** auf inhaltliche Aussagen und Regelungszusammenhänge des Gesetzes,
- Bewertungen** der Bedeutung des Referentenentwurfes und des Konsenspapieres,
- eine **Sammlung** von bisher vorgesehenen **Aktivitäten** in NRW,
- eine **Abschätzung** über Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Aktivitäten des Forums,
- Absprachen** über die vom Forums bereits jetzt zu entwickelnden Aktivitäten sowie
- Vorbereitungen** für die anschließende Besprechung in der am 29.3.2007 vereinbarten Koordinationsgruppe

Zu a) Hinweise auf inhaltliche Aussagen und Regelungszusammenhänge des Gesetzes

Es wurde u.a. betont:

- Der Referentenentwurf konzentriert sich auf finanzielle Regelungen.
- Er geht von einem unzutreffenden Verständnis von Förderung aus, die untrennbar Erziehung – Bildung - Betreuung umfasst. Die Beschreibung der Aufgabenstellung „frühe Bildung und Förderung“ in der Überschrift des Gesetzes lässt die fachliche Inkompetenz erkennen.

- Die unangemessene Trennung der Aufgabenbereiche lasse es zu, dass z.B. die Sprachförderung als ein isolierter Aufgabenbereich herausgestellt werden kann.
- Die fachlich unqualifizierte Grundlage werde u.a. daran deutlich, dass die inhaltliche Aufgabenstellung in gleicher Weise für Kinder unter 3 Jahre bezeichnet wird, zumal diese Kinder andere Bedürfnisse haben, so dass auch andere Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden müssen.
- Der Referentenentwurf greift nicht nur nicht vollständig den Konsens auf, sondern widerspricht den darin getroffenen Regelungen.
- Der Entwurf sieht Regelungen vor, die als widersprüchlich zu den Grundanliegen der Landesregierung anzusehen sind, zumal er ein verwaltungsaufwändiges Regelungsinstrumentarium herausfordert.
- Die vorgesehenen Regelungen führen zu Lastenverschiebungen auf Träger und vor allem das Personal, zumal die Standards nicht ausreichend sind.
- Die Gesetzesänderung könne nur zutreffend bewertet werden, wenn auch die Umsetzungsregelungen der entsprechenden Verordnung und der angekündigten Regelungen zur personellen Besetzung „auf dem Tisch“ liegt, so wie dies bei der Neufassung des GTK der Fall war.

Zu b) Bewertungen der Bedeutung des Referentenentwurfes und des Konsenspapiers

Es ist wahrzunehmen, dass noch kein breiter Protest gegen die vorgesehene Rechtsänderung vorhanden ist, zumal die Landesregierung mit der Herausstellung der Leuchtturmprojekte Familienzentrum, Sprachförderung und Ausbau u 3 eine gute Präsenz in den Medien erreicht habe.

Es wäre mit einer zunehmenden Konkurrenz zwischen Trägern zu rechnen, die unter den vorgegebenen Bedingungen zu Lasten der Mitarbeiterinnen ausgetragen wird.

Es würde durch die ungleichen Bedingungen für Tageseinrichtungen und Tagespflege eine ungünstige Konkurrenz entstehen.

Es müsse ein Stopp des Gesetzesvorhaben und nicht nur eine Modifikation erfolgen.

Zu c) Sammlung von bisher vorgesehenen Aktivitäten in NRW

Auf die von dem Stadtelternrat Düsseldorf und einem Bündnis Düsseldorfer Elterninitiativen vorbereiteten Demonstration am 5.5.2007 wurde hingewiesen.

Auf die Aktionswoche des „linken Bündnisses“ vom 11. – 17.6.2007 aufmerksam gemacht, in dem Unzulänglichkeiten für Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien angesprochen werden sollen.

Ver.di strebt eine Aktionswoche in der Zeit vom 11. – 16.6.2007 an.

Es wurde auf Bestrebungen zur Durchführung einer Informationsveranstaltung des LVR aufmerksam gemacht.

Auf Aktivitäten in Paderborn und Bielefeld wurde verwiesen.

Die ausgelegte erste Übersicht über Aktivitäten soll ergänzt werden. ¹

Zu d) Abschätzung über Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Aktivitäten des Forums

Es wurden u.a. folgende Aspekte angesprochen:

- Die verschiedenen örtlichen Aktivitäten sollten unterstützt werden, in dem z.B. auch eine Übersicht und ein Zugänglichmachen verschiedener Materialien sichergestellt wird.

- Eltern und auch Mitarbeiterinnen sind über die vorgesehenen Veränderungen nicht ausreichend informiert (worden).
- Es fehlt eine Information, die die bedeutsamen Auswirkungen beschreiben, so dass sie auch Eltern als beachtlich erscheinen, die nur kurzfristig mit dem Elementarbereich verbunden sind.
- Es sollte eine zentrale Informationsveranstaltung vor der abschließenden Beratung und Einbringung des Regierungsentwurfs mit dem Generationenminister erfolgen.

Zu e) Absprachen über die vom Forums bereits jetzt zu entwickelnden Aktivitäten

1. Es soll eine Informationsschrift (Flyer) erstellt werden, die sich an Eltern richtet und in der zentrale Auswirkungen verständlich und ansprechend beschrieben werden.

- Um die Umsetzung kümmert sich die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit (Frau von Hehl, Frau Discher, Frau Beierling).
- Der Flyer soll erstellt, gedruckt und als Material auch über das Internet zur Verfügung gestellt werden.
- Die Weiterleitung des Flyers soll über die Mitglieder des Forums und interessierte Dritte erfolgen.
- Zur Umsetzung die Hilfe einer Journalistin einbezogen werden.
- Die Finanzierung der notwendigen Aufwendungen soll über die Beteiligten des Forums erfolgen.
- Bei der Gestaltung soll auf die Elemente der Volksinitiative zurückgegriffen werden.
- Im Rahmen der Erarbeitung des Flyers soll möglichst ein zentrales Logo/ein Motto erarbeitet werden.
- Der Flyer soll sich auf inhaltliche Aussagen beschränken, so dass er von verschiedenen Beteiligten übernommen werden kann und durch Hinweisen auf konkrete Veranstaltungen ergänzt werden kann (Einlageblatt).
- Die Beteiligten sind gebeten, Frau Beierling bis zum 27.4. Hinweise auf zentral zu treffende Aussagen und die zur Weiterleitung durch sie erforderliche Auflagenhöhe mitzuteilen. ²

2. Es soll eine Informationsveranstaltung vorbereitet werden, die Ende Mai unter Beteiligung des Generationenministers stattfindet.

- Der Termin soll von den Möglichkeiten des Ministers abhängig gemacht werden.
- In der Veranstaltung soll der Diskurs geführt werden und vor allem Eltern und Mitarbeiterinnen die Möglichkeit geschaffen werden, ihre Anforderungen an eine neue gesetzliche Grundlage darzustellen. (Betroffene sollen zu Wort kommen!)
- Die Vorbereitung soll von einer kleinen Arbeitsgruppe geleistet werden an der mitwirken: Frau Discher, Frau Kopp/Frau Buhl, Frau Peil, Herr Amonet, Herr Stranz ³

3. Die örtlichen Aktivitäten sollen unterstützt werden

Dies bezieht sich z.B. auf die Demonstration am 5.5.2007 ⁴ und die Zusammenstellung sowie Ergänzung der begonnenen Aktivitätenliste.

Zu f) Vorbereitungen für die anschließende Besprechung in der am 29.3.2007 vereinbarten Koordinationsgruppe

Es wurde davon ausgegangen, dass in der anschließenden Beratungen weitere konkrete Aktivitäten verabredet werden.

2.1.1 Gespräch mit dem Arbeitskreis Generationen der CDU-Landtagsfraktion

Im Laufe der Beratungen wurde hinsichtlich der inhaltlichen Vorbereitungen festgestellt, dass alle Weiterentwicklungen auf der Grundlage der bisherigen Positionen des Forums zu betrachten sind und darüber hinaus von allen Beteiligten durchaus auch unterschiedliche Detailhinweise erfolgen können.

Grundsätzlich sollte gefordert werden, dass bei der Beratung einer neuen landesrechtlichen Ausführungsregelung gleichzeitig auch die Durchführungsregelungen (Verordnungen und Personalregelung) mit erörtert werden müssen, damit die möglichen Auswirkungen auch erkennbar sind. Es soll zudem nach der Realisierung des Sonderprogramms Frühe Förderung gefragt werden.

Eine weitergehende Vorbereitung soll am Tage des Gesprächs (24.5.2007, ab 14.00 Uhr) erfolgen.⁵

Es wurden als Teilnehmende für das Gespräch benannt:

Herr Künstler, Frau Nolte, Frau Heeg, Frau Peil, Herr Paschert, Herr Amonet, Herr Dr. Stork, Frau Jäger-Klodwig, Frau Kierdorf, Herr Stranz.

Weitere Beteiligte sollen ihre Teilnahme gegebenenfalls bis kommenden Dienstag bei Herrn Stranz anzeigen, damit eine Rückmeldung für das Forum erfolgen kann.⁶

Es wurde berichtet, dass die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände zu einem thematisch gleichlautenden Gespräch am 4.5.2007 eingeladen ist.

2.1.2 Tagung der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Auf die Veranstaltung am 24.4.2007 wurde aufmerksam gemacht.

2.1.3 Ergänzungsgruppe – Termin am 24.5.2007 – 12.00 Uhr

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gesprächs mit dem CDU-Arbeitskreis wurde auf das am gleichen Tag geplante Gespräch der Ergänzungsgruppe hingewiesen.

Es wurde festgestellt, dass sich trotz mehrmaliger Aufforderung der Charakter der Gespräche nicht verändert habe und lediglich eine Information der Beteiligten stattfindet. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass diese Form der Einbeziehung als Beteiligung politisch „genutzt“ wird.

Frau Peil wies darauf hin, dass sich ver.di nicht mehr unter diesen Bedingungen an dieser Veranstaltung beteiligt. Es wurde angeregt, dass sich auch alle anderen Beteiligten deutlicher abstimmen, Position zu dieser Form der Beteiligung beziehen und evtl. eine Entscheidung über ein gemeinsames Fernbleiben treffen sollten.

Es wurde verabredet:

Frau Peil ist gebeten, einen Entwurf für ein gemeinsames Schreiben aller Beteiligten der Ergänzungsgruppe zu entwerfen, in dem die Form der Beteiligung in Frage gestellt und eine Boykottierung dieser Veranstaltung als Möglichkeit angesprochen werden soll.

2.2 Familienzentren

In einem kurzen Austausch zur aktuellen Situation wurde u.a. betont:

- Für die Einrichtungen in der Pilotphase stellt sich die jetzt geforderte Beantragung eines Gütesiegels als ein erheblicher Aufwand dar.
- Es wird deutlich, dass unter Gütesiegel sehr unterschiedliche Inhalte verstanden werden können. Während z.B. in einigen Gütesiegeln etwas über die erreichte inhaltliche Qualität ausgesagt wird, ist das Gütesiegel für die Familienzentren, bei denen lediglich eine Aussage über die Anzahl der Leistungsmerkmale getroffen wird, in keiner Weise als ein „qualitatives“ Gütesiegel anzusehen. Insofern wird mit „Gütesiegeln“ eine Inflation von scheinbar vorhandenen Vergleichs- und Orientierungsmaßstäben betrieben. Herr Stranz wies auf einen aktuellen Beitrag in der Zeitschrift Kita-aktuell hin, in dem Gütesiegel beschrieben, jedoch diese Unterschiedlichkeit nicht herausgestellt wurde.

Es wurde erläutert, dass die Freie Wohlfahrtspflege in ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf u.a. ihre Bedenken gegen die vorgesehene Förderung zum Ausdruck gebracht und in Frage gestellt hat, ob die Förderung nicht aller Einrichtungen erforderlich sei und der Ausschluss von 2/3 der Einrichtungen nicht rechtlich überprüft werden sollte.

2.3 Sprachstandsfeststellungsverfahren

Zum aktuellen Stand wurde u.a. berichtet und ausgetauscht:

- In der Praxis sind die Probleme inzwischen unüberschaubar geworden.
- Mit der Ankündigung, dass in 40 Kölner Tageseinrichtungen die 1. Stufe des Tests mit 600 Kindern wiederholt werden soll, um die Wirksamkeit zu überprüfen, sei ein Eingeständnis in Bezug auf die Fragwürdigkeit des Ansatzes und des Verfahrens erfolgt.
- Es finden Erhebungen z.B. durch den VBE statt, der über das Ergebnis unterrichtet wird.
- Es stellen sich Fragen, wie die Sprach-Förderung erfolgen soll.
- Es ist unklar, wie die zugesagte Förderung in Höhe von 350 € pro Kind zur Verfügung gestellt und eingesetzt werden kann.
- Das Verfahren hat zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Tageseinrichtungen und Schule geführt, auch wenn die Gemeinsamkeit in der kritischen Einschätzung des Verfahrens bestanden hat.
- Angesichts der Feststellung, dass über 50 % der Kinder in der zweiten Stufe getestet werden müssen, sei von Schulverwaltungen einerseits auf den zu erwartenden massiven Stundenausfall hingewiesen und andererseits die Schulen und Kindergärten aufgefordert worden, die Kinder nicht „automatisch“ für die zweite Stufe vorzusehen, die sich nicht geäußert haben. Hier soll auf das Urteil der Erzieherinnen gesetzt werden.
- Auf die massive Einschränkung des Elternrechtes und die kaum gegebenen Möglichkeiten der Eltern, sich rechtlich dagegen zu wehren wurde hingewiesen. Gleichzeitig wurde auf den immer größer werdenden Austauschbedarf der Eltern und die wahrnehmbaren Verweigerungshaltungen hingewiesen.
- Es wurde bedauert, dass eine Bündelung nicht durch den Landeselternrat Tageseinrichtungen und/oder gemeinsam mit dem Grundschulverband bearbeitet worden, so dass für Eltern eine gemeinsame Informations- und Handlungsebene möglich gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit angesprochen, dass die Zusammenarbeit der Elternvertretungen Gegenstand einer der nächsten Besprechungen des Forums sein sollten, zumal auch im Zusammenhang mit der Novellierung des Landesausführungsrechts für Tageseinrichtungen und Tagespflege eine abzusichernde Aufgabenstellung für Zusammenschlüsse von

Eltern auf örtlicher und Landes-Ebene erforderlich sei. Eine Mitwirkung und Zusammenarbeit im Elementarbereich müsse zumindest vergleichbar der Regelung im Schulbereich (§72 Schulgesetz) erfolgen.⁷

2.4 Sonderprogramm „Frühe Förderung“

Es wurde berichtet:

- Es konnte auch durch verschiedene Rückfragen der Grünen nicht geklärt werden, für welche Zwecke die im Haushalt 2006 vorgesehenen 23 Mio. € verwendet worden sind. Insbesondere ist die Verwendung von 10 Mio. € unklar.
- Für das Jahr 2007 sind immer noch keine Richtlinien zur Verwendung der Mittel des Sonderprogramms bekannt. Es liegen noch Anträge aus den Vorjahren auf Investitionsförderung vor, die jedoch bisher nicht entschieden sind. Da bereits fast 4 Monate vergangen sind, erscheint es als nicht verständlich, dass das Förderprogramm nicht erkennbar ist.

Die Angelegenheit soll zunächst im Gespräch mit dem AK der CDU am 24.5.2007 angesprochen werden.

2.5 Weitere aktuelle Themenstellungen

Angesichts der Fülle und Hektik, mit denen derzeit bereits verschiedene „Säue durch das Dorf getrieben werden“, wurde auf folgende weitere Themenstellungen hingewiesen:

- **Landespersonalvertretungsgesetz** – Die Beteiligungsmöglichkeiten sollen eingeschränkt werden.
- **Gemeindeordnung** – Die Betätigungsmöglichkeiten von Kommunen sollen beschnitten werden.
- **Kinderschutzbeauftragter** – Es werden unterschiedliche Lösungen für den Einsatz der nach § 8a einzusetzenden „erfahrenen Fachkraft“ verfolgt. (Die Zusammenfassung der Münderauswertung zur Umsetzung der Regelungen nach § 8a soll allen Mitgliedern des Forums durch Herrn zur Verfügung gestellt werden.)
- **Kindergarten-Pass** – Herr Stranz wies darauf hin, dass in Essen ab dem Kindergartenjahr 2007-2008 ein Kindergarten-Pass eingeführt werden soll. Nach den jetzt bekannt gewordenen Regelungen werden in dem vorgesehenen Verfahren nicht alle rechtlichen Bedingungen, z.B. insbesondere zum Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, ausreichend berücksichtigt.

3. Aktionen

3.1 Aktion Sprachstandsfeststellung

Auf einen Bericht über das Gespräch mit dem AK der CDU-Landtagsfraktion wurde verzichtet.

3.2 Aktion Argumente

Es fand keine Beratung statt. (Trotz der Ankündigung der Landesregierung in einer Kleiner Anfrage ist bisher keine Rückmeldung der Landesregierung erfolgt.)

3.3 Aktion Koalitionsvertrag

Eine ausführliche Erörterung fand nicht statt. Es wurde von Herr Stranz darauf hingewiesen, dass die GEW und der VBE in Stellungnahmen auf die Aussagen der Koalitionsfraktionen aus den Wahlkampfversprechungen und dem Koalitionsvertrag eingegangen sind.

3.4 Aktion Kinderrechte

Vertagt.⁸

3.5 Aktion „Starke Eltern“

Vertagt.⁹

3.6 Fachtagung Ganzheitliche Erziehung

Herr Stranz wies darauf hin, dass im Nachgang zu der Tagung am 8.12.2006 von Herrn Erdmeier eine Veranstaltung zur Rolle der Tageseinrichtungen/zum Bildungsauftrag angeregt worden sei. Eine Vertiefung fand nicht statt.¹⁰

4. Forumsangelegenheiten

4.1 Öffentlichkeitskonzept

Es wurde festgestellt, dass die Überlegungen für eine andere Form der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den Verabredungen zur Erarbeitung eines Flyers zur Novellierung des GTK konkret verabredet worden sei.

4.2 Vorbereitung der Klausur am 16.8.2007

Die Veranstaltung soll als open-space-Veranstaltung in der Gesamtschule Dortmund-Gartenstadt stattfinden. Frau Discher wurde um eine weitere inhaltliche Vorbereitung gebeten. Soweit sich ein weiterer Beratungsbedarf zur Novellierung des GTK ergibt soll zu einem Sondertreffen eingeladen werden.¹¹

4.3 Finanzielle Situation des Forums

Herr Stranz wies darauf hin, dass nach seiner Einschätzung keine Notwendigkeit für eine aktuelle Erörterung besteht.¹²

5. Offene Beratungsgegenstände

Die offenen TOP wurden zur Kenntnis genommen:

- Leitlinien des Forums
- Elternvertretung im Schulbereich¹³

7. Verabredungen

Zusammenfassung der wesentlichen Beratungsgegenstände

Im Laufe der Beratungen wurden folgende Aktivitäten verabredet:

- a) Gespräch mit dem AK der CDU; Das Gespräch soll stattfinden. Teilnehmende werden von Herrn Stranz benannt. Rückmeldungen sind kurzfristig an Herrn Stranz erforderlich.
- b) Ergänzungsgruppe: Frau Peil erstellt den Entwurf einer gemeinsamen Positionierung der Beteiligten.
- c) Elternvertretungen: Während einer der nächsten Besprechungen des Forums soll die Frage der Elternvertretung im Elementarbereich u.a. mit den Elternverbänden beraten werden.
- d) Sonderprogramm Frühe Förderung: Die Unklarheit über die Verwendung der Mittel des Jahres 2006 und die ausstehenden Richtlinien über die Verwendung der Mittel im Jahr 2007 sollen im Gespräch mit dem CDU-AK behandelt werden.

Vermerk zur Besprechung des Forums Förderung von Kindern am 19.4.2007

- e) Kinderschutzauftrag: Die Auswertung von Prof. Münder zur Umsetzung der Regelungen soll allen Mitgliedern des Forums zur Verfügung gestellt werden (erledigt).
- f) Klausur des Forums: Treffen am 16.8.2007 in Dortmund
- g) Sondertreffen: Soweit sich ein Bedarf für eine weitere Beratung zur Novellierung des GTK ergibt soll zu einem Sondertreffen eingeladen werden.

gez. Gerhard Stranz

Arbeitsperspektiven:

- 1 Aktivitätenliste ergänzen
- 2 Email an die Mitglieder des Forums in Bezug auf die Erstellung des Flyers/mit Emailadresse von Frau Beierling
- 3 Herr Laschet ist um einen Termin für die Teilnahme an einer Veranstaltung Ende Mai zu bitten
- 4 Information auf die Demonstration am 5.5.2007 (Email und Internet)
- 5 Raumanmeldung für das Vorgespräch am 24.5.2007 vornehmen.
- 6 Anmeldung der Teilnehmenden für das Gespräch mit dem AK der CDU-Landtagsfraktion
- 7 Forum: Elternarbeit / Elternvertretung im Elementarbereich in einer gemeinsamen Besprechung mit dem LER, Landeselternkonferenz, Landeselternschaft Grundschulen, KED (Herrn Sandkamp)
- 8 Aktion Kinderrechte, Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt
- 9 Aktion Starke Eltern, Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt
- 10 Tagung „Ganzheitliche Erziehung“, Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt
- 11 Raumnutzung klären – Einladung erstellen
- 12 Finanzielle Situation des Forums; Herr Heinrich ist um einen schriftlichen Bericht zu bitten
- 13 Offene TOP: Leitlinien, Elternvertretungen im Schulbereich